

Eine politische Rede am Volkstrauertag W.T.

Professor Dr. Karl Barth aus Basel auf der Feier der hessischen Landesregierung 15.11.54

Wiesbaden, 14. November. (Eigener Bericht.) Aus Anlaß des Volkstrauertages veranstaltete die hessische Landesregierung im Hessischen Staatstheater einen Staatsakt, auf dem der Baseler Theologe Professor Dr. Karl Barth die Gedenkrede für die Opfer zweier Weltkriege hielt.

Über den Inhalt der Rede Professor Karl Barths berichtet der Landesdienst der Deutschen Nachrichten-Agentur, daß Professor Barth gesagt habe, jeder solle dazu beitragen, daß es in Zukunft keiner weiteren Volkstrauertage bedürfe. In der Aufzählung der Opfer des Nationalsozialismus sei auch — ob es passe oder nicht — nicht zu verschweigen, daß es eine „Rote Kapelle“ gegeben habe, in der Kommunisten im Kampf gegen Nationalsozialismus gestanden hätten und beim Versuch der Befreiung des Staates den Tod gefunden hätten.

Alle Opfer von Krieg und Terror seien auch für eine von den Lebenden mit zu verantwortende Sache gefallen. Ihr Vermächtnis heiße Wahrheit. Gegen einen dritten Weltkrieg dürfe nicht nur mit der Gesinnung, sondern müsse mit jedem Handeln Stellung bezogen werden. Er müsse, so sagte Barth, weil er deutlich sein wolle, die Dinge konkret beim Namen nennen: Zu einem dritten Weltkrieg führen könnten die Wiederaufrichtung eines deutschen Obrigkeitsstaates, die Wiederbewaffnung Westdeutschlands

und die Aufspaltung Deutschlands und damit der europäischen Mitte, die unter diesen Voraussetzungen nur durch einen Krieg wiederherzustellen wäre. Niemöller, Noack, Heinemann und andere hätten das Nötige dazu längst gesagt, erklärte Barth und zitierte die Entschlüsse des evangelischen Studententages, des Gewerkschaftskongresses in Frankfurt und die der 200 Pfarrer in Leverkusen. Er ergänzte seine Zitate mit Stellungnahmen von dem verstorbenen Bundestagspräsidenten Ehlers zur Teilung Deutschlands als Bedrohung des Friedens, von Carlo Schmid und von Bundeskanzler Konrad Adenauer, der 1947 einer Abrüstung und sogar etwaigen Neutralisierung Deutschlands das Wort geredet habe.

Zu Beginn des Staatsaktes sagte Staatsminister Arno Hennig, daß die Überlebenden das schmale Band der Erinnerung und des inständigen Gedenkens an die vielen Millionen Toten, die in ein frühes Grab gestoßen worden seien, hüten müßten. Am Volkstrauertag sollte alles Trennende beiseite gelegt werden, damit die Deutschen sich im Sinne des Schöpfungsauftrages für ihr Volk zusammenfänden.

Die Worte des Schweizer Theologieprofessors Barth haben in weiten Kreisen der Bevölkerung starken Unwillen hervorgerufen. Man ist besonders darüber

erregt, daß der Volkstrauertag zu einer politischen Propaganda im Sinne eines Mannes benutzt wurde, der als einer der ersten das deutsche Volk kollektiv verurteilt und jeden Deutschen für die im vergangenen Regime begangenen Untaten bestraft wissen wollte. Barths politische Tätigkeit nach dem Zusammenbruch ging so weit, daß man ihn allgemein als einen leidenschaftlichen Verfechter der deutschen Kollektivschuld bezeichnete.

Man kann verstehen, daß die Mehrzahl der Deutschen einen solchen Mann nicht gerade für geeignet hält, am Volkstrauertag, der die Menschen versöhnen soll, zu sprechen. Statt die Bande zwischen den Toten und den Lebenden enger zu knüpfen, hat Barth Töne seiner früheren Einstellung durchklingen lassen.

Was unseren Widerspruch gegen das Auftreten Barths noch verstärkt, ist die Tatsache, daß ein Ausländer versucht, sich am Volkstrauertag in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Das deutsche Volk hat seit 1945 gezeigt, daß es nichts anderes will als Frieden. Es fühlt sich daher mit Recht befremdet, daß ihm nunmehr von einem Ausländer im eigenen Hause vorgehalten wird, es könnte hereit sein, den Frieden immer aufs neue zu stören. In Basel kann Herr Barth reden was er will, aber nicht in Wiesbaden am Tage der Trauer für unsere Toten.